



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

3

März 2018 / 52. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Es war einmal ...
**Sicherheit
neu denken**

Seite 5 <

Sicherheit besser vernetzen – DPoIG auf dem Europäischen Polizeikongress

Seite 16 <

Fachteil:

- Wann ist ein (rechtes) Rockkonzert eine Versammlung?
- Straßenverkehr: Sonderrechte im Privat-Pkw für Feuerwehrangehörige und Katastrophenschutz Helfer?





DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

„Sicherheitsarchitektur 2020“ – Stellungnahme und Position der DPoIG

Ausgangslage:

- > Hohe Belastung der Mitarbeiter(innen) in der Polizei, vor allem in den Operativdienststellen, aber auch darüber hinaus.
- > Verlaufsmodell, das mittlerweile mehrheitlich von Beschäftigten kritisch eingestuft wird, da ständige Veränderungen in Aufbau- und Ablauforganisation beziehungsweise im Bearbeitungs-Workflow zusätzlich belasten.
- > Präventionsarbeit hat deutlich gelitten und qualitative Fehlentwicklungen sind in vielen Bereichen spürbar.
- > Bis dato keine Aufgabenkritik vollzogen!
- > Die bessere Einbindung von Tarifkräften (Bestandspersonal und Neupersonal) gerade im administrativen Bereich verläuft schleppend. Spürbare Entlastung für Vollzugskräfte kommen nicht im gewünschten Maße an.
- > Zu starke Flexibilisierungen in der Dienstgestaltung führen gerade im WSD zu Verlust von sozialen Bindungen und fehlendem Wissenstransfer.

- > Durch den Personalmangel werden Mitarbeiter regelmäßig in Arbeitsbereichen verwandt, für die sie weniger/schlechter ausgebildet sind (siehe LPP2).

Forderungen:

- > Erhalt der Anzahl der 24/7 Präsenzdienststellen in der Fläche (Bürgernähe, taktische Verteilung der WSK).
- > Effizienz und Effektivität des Gebietszuschchnitts der Inspektionen sollten im Vordergrund stehen.
- > Die Verzahnung der OpE SL und der Inspektionen muss gesteigert werden.
- > Bauliche Notwendigkeiten müssen mit Blick auf personelle Veränderungen frühzeitig angestoßen werden.
- > Klare Strukturen vor allem im Bereich der Inspektionen sind dringend notwendig.
- > Deutliche Verbesserungen im Zulagenwesen (vor allem im WSD), um die Attraktivität zu steigern.
- > Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten (Karriereförderung/-planung ermöglichen)/Personalentwicklungskonzept in allen Bereichen (Beamte und Tarif).
- > Erhalt/zusätzliche Schaffung von bewerteten Stellen (zum Beispiel Steigerung im Bereich der Plen/Vertreter DGL) – Besitzstandswahrung.
- > Steigender Wochenenddienstbelastung entgegenwirken.
- > Überprüfung und Anpassung der Mindestkommandostärken der Plen – längerfristig

muss die Mindestkommandostärke auch als solche verwandt werden können (MKS ist derzeit gerade zu erreichende Kommandostärke, ein „Plus“ für Holkriminalität, Prävention oder Sicherheitspuffer ist nicht möglich).

- > Deutliche Erweiterung des Aufgabenbereichs des Polizeilichen Ordnungsdienstes.
- > Bessere Einbindung von Tarifkräften in administrative Tätigkeiten.
- > Ausbau der Ermittlungsunterstützung.
- > Prüfung der stärkeren Einbindung von Tarifpersonal im Bereich der FLZ.
- > Überprüfung der Verweilzeiten.
- > Keine „Zerstückelung“ von Dienststellen, sondern bessere Orientierung an der Spezialisierung der Mitarbeiter (Ressourcen!).
- > Kein Abweichen von bundesweiten (Polizei-)Standards.
- > Stärkerer Fokus auf „Verschleißdienststellen“ vor allem wegen psychischer Belastung.
- > Schaffung von mehr finanziellen beziehungsweise dienstlichen Anreizen für Bestandspersonal (Zulagen, Regelbeförderung, Erholungsurlaub et cetera).
- > Verbesserung der Dienstgestaltungsmöglichkeiten für Mütter und Väter im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten, zur Sicherung einer möglichst hohen Arbeitsleistung (Tearbeit, flexible Dienstortgestaltung, Betreuung, Poolbildung).

- > Kritische Überprüfung polizeifremder Tätigkeiten.
- > BGM deutlich besser für alle Mitarbeiter(innen) zugänglich machen.
- > Einführung eines „Einstellungserhöhungsfaktors“ wie in Baden-Württemberg zum künftig besseren Abfedern von Ausfallzeiten (Eltern-Betreuungszeiten ...).

■ Zusammenfassung:

Wir setzen uns als DPoIG klar für ein Ende des aktuellen Verlaufsmodells und die zügige Schaffung von klaren Strukturen ein. Ein „weiter so“ ist nicht vermittelbar. Daher lieber ein „Ende mit Schrecken, als Schrecken ohne Ende“! Uns ist bewusst, dass jede aktuell diskutierte Änderung den Mitarbeiter(inne)n ein hohes Maß an Engagement abverlangt und auch Schwächen hat. Daher ist für uns auch klar, dass die notwendigen Änderungen mit Blick auf eine vorübergehende Phase (Schuldenbremse) getroffen werden müssen. Jedoch muss erklärtes Ziel sein, künftig wieder eine deutliche personelle Entlastung zu schaffen, um mit Blick auf die Berufszufriedenheit unserer Kolleg(inn)en auch künftig ein attraktives Arbeitsfeld bieten zu können.

Die DPoIG wird diesen Prozess konstruktiv kritisch begleiten.

Eure DPoIG Saar

Impressum:

Redaktion:
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)
Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553
Internet: www.dpolg-saar.de
E-Mail: info@dpolg-saar.de
ISSN 0937-4876



Sicherheitsarchitektur 2020 – JUNGE POLIZEI traf sich mit Jugendparteien

Aufgrund des fortschreitenden Personalabbaus und weiterer nicht vorhersehbarer Faktoren wurden auf ministerielles Verlangen die bestehenden Organisationsstrukturen der Polizei Saarland kritisch hinterfragt.

Unter dem Namen „Sicherheitsarchitektur 2020“ stellte die Behördenleitung ihre Überlegungen zu möglichen Strukturveränderungen vor.

Auch die DPoIG Saar und ihre JUNGE POLIZEI beschäftigen sich intensiv mit diesem Thema. So traf sich die JUNGE POLIZEI am Donnerstag, dem 21. Dezember 2017, mit der Linksjugend (Die Linke) im saarländischen Landtag und am Montag, dem 22. Januar 2018, mit der Jungen Union (CDU) auf unserer Geschäftsstelle in Saarbrücken. Mit den Jugendparteien tauschten wir uns

über die Chancen und Risiken der einzelnen Organisationsmodelle aus, welche durch die Behördenleitung der saarländischen Polizei erarbeitet wurden.

Die Sicherheitsarchitektur 2020 ist aus der Not heraus geboren. Sie bedeutet keine „Verbesserung“ des Ist-Zustandes, sondern soll die Organisation vor einem Zusammenbruch bewahren. Als Gewerkschaft sehen wir dies natürlich kritisch. Uns wäre ein Erhalt der jetzigen Strukturen mit einem aufgestockten Personalkörper lieber.

Da das Personal aber bekanntlich nicht an Bäumen wächst und die einstellungstarken Jahrgänge wie 2017 (120 Einstellungen) erst in den kommenden Jahren zur Verfügung stehen, waren wir uns sowohl mit der Linksjugend, als auch mit der Jungen Union einig, dass es Anpassungen geben



Treffen mit der Linksjugend

muss, um die nächsten Jahre überstehen zu können. Wichtig ist uns hierbei aber, dass die polizeiliche Präsenz in der Fläche nicht zurückgeschraubt wird.

Wir bedanken uns sehr für die angenehmen Gespräche mit den Jugendvertretern. Wir bleiben weiterhin in Kontakt. Sobald die Pläne hinsichtlich der Organisationsentwicklungen weiter vorangeschritten sind, werden wir uns erneut austauschen.

*Euer Landesjugendleiter
Marc Emde*



Vertreter der JU und der JuPo

74 neue Kommissare/Kommissarinnen für unsere Polizei

Mit einer Feierstunde wurden die Ernennungsurkunden durch Innenstaatssekretär Christian Seel an die Absolventen des Studiengangs P36 übergeben. In seiner Rede stellte er fest:

„Sie alle stehen am Anfang eines neuen Lebensabschnitts. Für Ihre Entscheidung, die Sie getroffen haben, sich in den Dienst unserer Gesellschaft zu stellen, möchte ich Ihnen meinen Dank aussprechen. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Inneren Sicherheit unseres Landes.“

Auch wir als DPoIG freuen uns, dass endlich die neuen Kolleg(inn)en den Dienststellen voll zur Verfügung stehen und damit auch sich finanziell deutlich etwas für die neuen Kommissare/Kommissarinnen ändert. Leider gilt noch immer die Absenkung der Eingangsbesoldung für diesen Jahrgang, was wir nicht begrüßen. Dieses ärgerliche Dauerthema ist zum Glück in absehbarer Zeit zu Ende. Denn



Ernennung der 74 Kommissarinnen und Kommissare

die große Koalition hat zugesagt, die Forderung der Gewerkschaften zur Abschaffung in den nächsten Jahren bis 2020 umzusetzen.

Ein weiteres Ärgernis ist nach unserer Auffassung, dass Anwärter(innen) von der Erschwerenizulage explizit ausgeschlossen sind, jedoch gerade nach der schriftlichen Prüfung im WSD Dienst verrichten. Das halten wir für ungerecht. Hier werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass gilt: wer unter erschwerten Bedingungen Dienst verrichtet, bekommt die Zulage ohne Wenn und Aber!

Am Rande der Veranstaltung konnte unser Landesvorsitzender in einem Interview beim Saarländischen Rundfunk auch nochmals auf die schwierige Personalsituation im vollzugspolizeilichen Bereich hinweisen. Er betonte hierbei, dass auch in den nächsten Jahren eine hohe Einstellungszahl nötig bleibt, um die Ruhestandsversetzungen abzufedern.

Am Ende gratulieren wir allen Neu-Kommissaren/-Kommissarinnen und wünschen viel Erfolg und sicheren Dienst!



Landesweite Einführung der Bodycams – DPoIG steht dahinter

Nach der Erprobungsphase der Bodycams im Saarland hat Innenminister Bouillon entschieden, diese Technik landesweit einzuführen. Unser Kommentar: Richtig so und es ginge noch mehr!

Nachdem wir im Sommer 2015 dem Innenminister vorgeschlagen haben, dieses Einsatzmittel zum verbesserten Schutz unserer Kolleg(inn)en auch im Saarland zu erproben (Rheinland-Pfalz hatte dies kurz zuvor begonnen), hat es innerhalb von wenigen Tagen die notwendige Entscheidung diesbezüglich ge-

geben. Nach intensiven Gesprächen mit den verschiedenen Landtagsparteien fand unsere Forderung eine Mehrheit. Dabei war für uns von Anfang an klar, dass der Einsatz der Bodycam nur in Verbindung von Bild und Ton sinnvoll sein kann. Das aus datenschutzrechtlichen Gründen empfindlich diskutierte



Thema des Pre-Recordings konnte final auch noch durchgesetzt werden.

Allein der Einsatz in Wohnungen wurde nicht umgesetzt, was wir bedauern. Wir sehen weiterhin die Notwendigkeit, auch hier den Einsatz zum besseren Schutz der Kolleg(inn)en und zur Abschreckung sowie zur Dokumentation zu ermög-

lichen. Gerade Situationen von häuslicher Gewalt sind meist auch gekennzeichnet von Eskalationen und Gewalt gegen Polizei. Hier wäre uns der Einsatz der Bodycam sehr viel wert.

Minister Bouillon hat uns hier seine Unterstützung zugesagt. Jetzt müssen dicke Bretter gebohrt werden. Wir bleiben aber dran!

> Info +++ Info +++ Info +++ Info +++ Info +++ Info

Neue Möbel für die Geschäftsstelle

Nach vielen Jahren (und Gebrauchsspuren) haben wir unsere Geschäftsstelle „aufgemöbelt“. Mehr Arbeitsplatz und neue Technik sollen unseren Mitgliedern bestmöglichen Service bieten.

Unsere Mitarbeiterin Barbara Schneberger sowie der Landesgeschäftsführer stehen für Eure Anliegen gerne bereit.



> Die neu möblierte Geschäftsstelle

Anschrift:

Hohenzollernstraße 41, 66117 Saarbrücken

Telefon 0681.54552, Fax 0681.54553

E-Mail: info@dpolg-saar.de

www.dpolg-saar.de

www.facebook.com/jungepolizeisaarland

Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag von 9 bis 12 Uhr

> Neues Fernsehgerät



> Übergabe des neuen Fernsehgerätes an den Wachdienst. Sascha Alles, Christian Wächter und Karl Heinz Becker

> PI St. Wendel



> Thomas Wobedo übergibt die Zuwendung der DPoIG für die neuen Kühlschränke der PI St. Wendel.



Blaulichtparty 2018 ... ein voller Erfolg

Die erste Blaulichtparty 2018 war direkt das erste Highlight des Jahres. Volles Haus war im SOHO in Saarbrücken angesagt. Gute Laune und gute Leute machten gute Stimmung.

Unser Fazit: die nächste Party kommt bestimmt!

> Geburtstage im März

Wir gratulieren unseren Kolleg(inn)en von Herzen.

Heribert Schorr	77
Gerhard Schneider	64
Wolfgang Haygis	68
Dietmar Feuersänger	60
Hans-Albert Eiswirth	82
Hanno Schneider	61
Benjamin Weiler	30
Linda Schlegel	30
Christian Pörtner	40
Heinrich Schwarz	61
Martin Theobald	60
Walter Schwegel	62
Hartmut Oswald	74
Karl-Heinz Fischer	89
Roland Jolas	62

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wünschen alles Gute und vor allem viel Gesundheit.

Eure DPoIG



© DPoIG Saarland / SOHO

> Kurznotiert:

AG Tarifbeschäftigte/Verwaltungsbeamte: Aufgrund der vereinbarten Ziele im Rahmen der Gespräche der Landesregierung und der Gewerkschaften wurde das Thema Aufgabenkritik und Personalentwicklung auf die Agenda gesetzt. Endlich wird das Thema Aufgabenkritik auch im Bereich der Polizei diskutiert. Ziel soll sein, zu Prüfen, wo und inwieweit Tarifbeschäftigte oder Verwaltungsbeamte die Vollzugspolizei weiter entlasten können. Wir sind in der Arbeitsgruppe vertreten und werden uns mit Vorschlägen einbringen.

AG Zulagen in der Polizei: Ausfluss aus dem aktuellen Koalitionsvertrag der Landesregierung ist auch die Prüfung von Karriere,

Bezahlsystemen und Zulagen. Aus diesem Anlass hat das Ministerium/Abteilung D eine entsprechende Arbeitsgruppe mit allen Gewerkschafts- und Interessenvertretern ab Januar eingerichtet. Für uns hat unser Landesvorsitzender erneut auf die Möglichkeiten der ruhegehaltstfähigen, dynamisierten Polizeizulage, DUZ, Änderungen an der Erschwerniszulage, Verbesserungen beim „Leichengeld“ und der Zulage für Spezialeinheiten und BFEen et cetera hingewiesen. Am Ende wird wohl allein der Kostenfaktor ausschlaggebend sein. Warten wir mal ab ...

Zulage nach § 46 BBesG: Bis heute wurde keine (!) Ausgleichszulage ausgezahlt. Mitte

Dezember 2017 wurde lapidar die für Ende des Monats angekündigte Zahlung aufgrund technischer Probleme verschoben. Wir werden nun erneut nachhaken, was nun das Problem ist.

Novellierung des SPersVG: Im Rahmen der Änderungen des Saarländischen Personalvertretungsgesetzes hat eine Arbeitsgruppe aus Vertretern aus Politik und Gewerkschaften erste Gespräche geführt. Ideen, die die Mitbestimmungsmöglichkeiten einschränken sollen, wurden dabei von uns und unseren Vertretern im dbb klar abgelehnt. Im Gegenteil fordern wir deutliche Verbesserungen und einen echten Minderheiten-schutz im neuen Gesetz.